

DIE LINKE muss europäisch und feministisch sein!

1. Aus den Programatischen Eckpunkten:

Gemeinsam wollen wir eine Partei, wie es sie in Deutschland noch nicht gab – Linke einigend, demokratisch und sozial, ökologisch, feministisch und antipatriarchal, offen und plural, streitbar und tolerant, antirassistisch und antifaschistisch, eine konsequente Friedenspolitik verfolgend.

Welchen Stellenwert misst du dem Feministischen in Beziehung zu den anderen Eckpunkten der Partei DIE LINKE. bei?

Antwort 1:

In der Geschichte der Linken gab es immer wieder mutige Frauen und Männer, die sich für eine wirkliche politische und soziale Gleichstellung der Geschlechter engagierten. Vor genau 90 Jahren trat die Nationalversammlung im Deutschen Nationaltheater Weimar zusammen. Unter ihnen erstmals Frauen wie Marie Juchacz, SPD, oder die Abgeordnete Zietz, USPD, die „...als freie und gleiche im Parlament zum Volke sprechen ...“ konnten.

„Scharfes, kluges Denken, ruhiges Abwägen und warmes menschliches Fühlen gehören zusammen in einer vom ganzen Volke gewählten Körperschaft...“. Das Frauenwahlrecht ist heute Selbstverständlichkeit, aber von tatsächlicher Gleichstellung sind wir auch heute noch weit entfernt. Wer wie die LINKE gesellschaftlichen Fortschritt erkämpfen will, muss patriarchale Herrschaftsverhältnisse aufbrechen und für die volle Gleichstellung der Geschlechter eintreten. Feministische und emanzipatorische Politik sind Grundvoraussetzung für jede Form von Gesellschaftsveränderung. Links ist feministisch. Es wird keinen nachhaltigen Wandel hin zu einer ökologischen, friedlichen oder demokratischen Gesellschaft geben können, wenn dieser Wandel nicht zugleich zutiefst feministisch und emanzipatorisch ist. Als Ausdruck der Geschlechterdemokratie betrachte ich nicht die Frau im Waffenrock, in der Armee, sondern den Übergang zu immer mehr zivilen Konfliktlösungen- und Vermeidungen. Mir geht es nicht um die Ablösung einer Herrschaftsform durch eine andere, sondern um ein Leben in Würde, in Freiheit, Gleichheit und Solidarität für jede und jeden.

2. LISA, die feministische Frauenarbeitsgemeinschaft in der Partei DIE LINKE stellt in ihrem Entwurf eines Feministischen Manifest folgende These auf:

Die Geschlechterverhältnisse sind Produktionsverhältnisse wie die Produktionsverhältnisse Geschlechterverhältnisse sind. Ein neuer Geschlechtervertrag muss in der Welt der Produktion der Lebensmittel und in der Welt der Lebensproduktion durchgesetzt werden.

Wie stehst du zu dieser These?

Welche Initiativen wirst du ergreifen, die Veränderungen in der Beziehung von Produktion (Erwerbsarbeit) und Reproduktionsarbeit (Sorgearbeit) befördern?

Inwiefern ist die Geschlechterproblematik für dich eine Querschnittsfrage in jeglicher Politik und vor allem in deinem politischen Schwerpunkt?

Antwort 2:

Als Europaabgeordnete der LINKEN habe ich bereits in der zu Ende gehenden Legislatur eng mit europäisch vernetzten Initiativen und Bewegungen zusammengearbeitet. Für Eurochild und für das Europäische Netzwerk gegen Armut (EAPN) war ich Ansprechpartnerin in unserer Fraktion, habe mit ihnen gemeinsam parlamentarische Initiativen vorbereitet wie z. B. den Bericht des Europaparlaments „Kampf gegen Armut, insbesondere Kinderarmut, und gegen soziale Ausgrenzung“. Mit internationalen Frauenrechtsinitiativen wie Terres de femmes, mit afrikanischen, französischen, skandinavischen und lateinamerikanischen Frauen haben wir Frauen der GUE/NGL Anhörungen zu Themen wie Gewalt gegen Frauen, Sextraffik, Genitalverstümmelungen oder sexuelle Reproduktion organisiert. Wir haben die Rolle von Frauen bei der Erreichung der Jahrhundertentwicklungsziele (MDG), im Kampf gegen Armut und Hunger, gegen Mütter- und Säuglingssterblichkeit, gegen Krankheiten wie Aids/HIV, für bessere Bildungsmöglichkeiten für junge Frauen und Mädchen thematisiert.

Die Zusammenarbeit mit LISA insgesamt, aber auch mit einzelnen LISA-Gruppen ist mir wichtig. Die Stellung der Frau in den Produktionsverhältnissen, neoliberale Projekte von Kommission, Rat und von EU-Mitgliedsländern zur Flexibilisierung europäischen Arbeitsrechts, zur Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit oder auch zur Friedenskultur– waren bisher Themen einer guten Zusammenarbeit und sollten es auch weiterhin sein. Ich kann mir auch gut vorstellen, dass LISA mit anderen linken europäischen Frauengruppen, sowohl im Rahmen von EL femme aber auch darüber hinaus, stärker auf europäischer Ebene wirksam werden kann.

Ich will mich weiter für eine LINKE engagieren, die europäisch und feministisch ist!

3. Welche Bedeutung misst du als zukünftige/r Europaparlamentsabgeordnete/r dem Verhältnis von parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit bei?

Beschreibe deine Vorstellungen von der Zusammenarbeit mit der Frauenorganisation der LINKEn.

Antwort 3:

Es ist heute leider gesellschaftliche Realität, dass prekäre Beschäftigungsverhältnisse meistens Frauen betreffen, in Deutschland Frauen häufig weniger Lohn für die gleiche Arbeit erhalten als ihre männlichen Kollegen. Führungs- und Leitungsfunktion werden meist von Männern ausgeübt – in der Wirtschaft, aber auch in der Politik. Vorwiegend Frauen sind in den Pflege- und anderen schlecht bezahlten Dienstleistungsberufen tätig. Frauen unterliegen oftmals einer Mehrfachdiskriminierung – als Frauen mit Behinderungen, alleinerziehende Frauen, Migrantinnen, Angehörige ethnischer Minderheiten, Flüchtlinge, sexuell Ausgebeutete, Frauen, die Gewalt erfahren haben u.ä.

Ich werde mich auch weiterhin dafür einsetzen, dass insbesondere der Zugang zu Bildung, Ausbildung, Beruf, Kultur, Medien frei von Diskriminierung sein muss. Das Gleichstellungsgebot hat nicht nur im Öffentlichen Dienst, sondern in allen Bereichen der Wirtschaft und in der Gesellschaft zu gelten. Die Gesellschaft steht aus meiner Sicht in der Verantwortung, Strukturen in der Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit zu verändern. Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeiten erheblich zu reduzieren, für Frau und Mann ausreichende und differenzierte Kinderbetreuungs- und Freizeitangebote zu unterbreiten. Ich werde mich weiter für Mindesteinkommen und Mindestlöhne oberhalb der Armutsgrenze einsetzen, für eine bedarfsorientierte soziale Grundsicherung, die u.a. auch der weiblichen Altersarmut entgegenwirkt.